



Presseschau vom 21.10.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Kiew protestiert gegen die „Aneignung“ ukrainischer Kulturobjekte auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim durch Russland. Am Dienstag rief das ukrainische Außenministerium die russische Regierung auf, ihren jüngsten Beschluss außer Kraft zu setzen, wonach Objekte des Kulturerbes auf der Krim föderalen Status erlangen.

„Wir protestieren entschieden gegen den Beschluss der russischen Regierung, Objekte des Kulturerbes der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol als Objekte des Kulturerbes föderaler Bedeutung einzustufen“, erklärte das Außenamt in Kiew am Dienstag. Dabei wurden unter anderem der Palast der Krimer Khane in Bachtschissarai und die Festung von Sudak erwähnt. Laut Beschluss des russischen Kabinetts handelt es sich um rund 220 historische und kulturelle Objekte auf der Halbinsel.

„Das ukrainische Außenministerium ruft die Weltgemeinschaft auf, beliebige Versuche Russlands zu verurteilen, das Kulturerbe der Ukraine anzueignen, und fordert von Russland, den Beschluss unverzüglich außer Kraft zu setzen. Russland sollte seine Verpflichtungen aus dem Völkerrecht strikt erfüllen, sowie die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine achten“, hieß es in der Mitteilung.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30507/98/305079807.jpg>

Dan-news.info: Debalzewo hat heute einen Vertrag über Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schtscheglowo im Leningrader Oblast der RF abgeschlossen. Zu diesem Zweck war eine russische Delegation in der Stadt, die unter dem Krieg gelitten hat.

„Ich denke, dass unsere Vereinbarung zwischen den Gemeinden nur der erste Schritt ist. Nicht zufällig sind in unserer Delegation Menschen, die auf verschiedenen Gebieten arbeiten. Faktisch ist dies ein Anlass, den Tätigkeitsbereich auf interkommunalem Gebiet auszuweiten“, erklärte der Leiter des kommunalen Verbandes Schtscheglowo, das Mitglied des Rates für internationale Beziehungen beim Gouverneur des Leningrader Oblast Jurij Palamartschuk.

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung über zwischenkommunale Zusammenarbeit, die brüderliche Beziehungen zwischen den beiden Kommunen festlegt, wurde in der Debalzewer Stadtverwaltung in Anwesenheit von Abgeordneten des Volkssowjets der DVR unterschrieben.

Der kommissarische Leiter der Debalzewer Stadtverwaltung Alexej Granowskij erinnerte daran, dass Schtscheglowo sich in der Nähe der legendären Straße des Lebens befindet, über die in den Jahren der Blockade Leningrads Lebensmittel in die belagerte Stadt gebracht wurden.

„Unsere Kinder haben einen Krieg mitgemacht und wenn die Enkel und Urenkel der Menschen kommen, die in der Blockade waren, die hungerten und von dem faschistischen Deutschland angegriffen wurden, haben unsere Kinder viel mit ihnen gemeinsam. Dort können einige Parallelen gezogen werden“, unterstrich der Leiter der Stadt.

Im Rahmen des heutigen Besuchs in Debalzewo legten die Gäste aus Russland gemeinsam mit Vertretern der Stadtverwaltung Blumen am Denkmal nieder, besichtigten das Gebäude des Bahnhofs und die städtische Bibliothek, besuchten ein Schulkonzert in der 1. allgemeinbildenden Schule.

vormittags:

kprf.ru: Am 20. Oktober fuhr der 43. humanitäre Konvoi der KPRF aus der „Lenin-Sowchose“ nahe Moskau in die Lugansker und Donezker Volksrepubliken ab.

Diese Lieferung bringt, zusätzlich zu Lebensmitteln, Medikamenten, Schulbüchern und Baumaterial eine große Anzahl von Kinderkleidung, Kleidung für Erwachsene, sowie Steppbetten, Kissen und Decken...

Dan-news.info: Die DVR hat mit dem Abzug von Technik und Waffen eines Kalibers unter 100mm von der Kontaktlinie im Nowoasowsk-Bezirk begonnen.

Wie gestern das Verteidigungsministerium der Republik mitteilte, werden heute in „südlicher“ Richtung 10 Panzer abgezogen.

Der Abzug von Technik und Waffen erfolgt in Anwesenheit von Vertretern der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feueereinstellung im Donbass.

Am Dienstag, den 20. Oktober haben die Abteilungen der DVR mit dem Abzug von Waffen, die in dem Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, Richtung Debalzewo begonnen.

de.sputniknews.com: Der syrische Präsident Baschar al-Assad hat sich Dienstagabend Moskau besucht und mit Russlands Präsident Wladimir Putin getroffen, teilte der Kreml-Pressesprecher Dmitri Peskow mit.

„Gestern Abend kam der syrische Präsident Baschar al-Assad zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau. Hier fanden seine Gespräche mit Russlands Präsident Wladimir Putin im engen und erweiterten Kreis statt“, so Peskow.

An den Verhandlungen nahmen Spitzenvertreter der russischen Regierung teil. Die Gespräche dauerten ziemlich lang, der Themenkreis sei klar, fügte er hinzu.

"Es ging natürlich um den Kampf gegen terroristische Extremistengruppen, um eine Fortsetzung des russischen Luftsinsatzes sowie die Unterstützung des Vormarsches der syrischen Regierungstruppen“, so Peskow weiter. Putin sei über die Lage in Syrien sowie über die Zukunftspläne eingehend informiert worden. Auch verschiedene Aspekte weiterer bilateraler Beziehungen seien besprochen worden.

Er ging dabei nicht darauf ein, ob auch die Zukunft von Präsident Baschar al-Assad erörtert wurde.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30508/30/305083087.jpg>

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben gestern Abend anderthalb Stunden die

Positionen der DVR im Bereich des „Volvo-Zentrums“ beschossen, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit. Gestern tagsüber war in diesem Gebiet in Folge eines Angriffs von Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte ein Milizangehöriger getötet worden, ein weiterer wurde verletzt.

„Gegen 22 Uhr wurde im Bereich des „Volvo-Zentrums“ das Feuer aus Schusswaffen und Granatwerfern eröffnet, was anderthalb bis zwei Stunden dauert. Dies ist ein weiterer Versuch, den Abzug der Waffen in der DVR zum Scheitern zu bringen“, sagte der Vertreter des Verteidigungsministeriums.

Am Dienstag, den 20. Oktober gegen 11:40 hatten ukrainische Truppen einen Angriffsversuch im Bereich des „Volvo-Zentrums“ am nordwestlichen Rand von Donezk unternommen. „In der Folge der ukrainischen Provokation wurde ein Soldat der Milizen getötet und einer schwer verletzt, die Verluste des Gegners betragen fünf Personen“, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Dan-news.info: Die DVR wird den Abzug von Technik und Waffen eines Kalibers unter 100mm von der Kontaktlinie in der Nähe der Hauptstadt der Republik Donezk am 22. Oktober beginnen. Dies teilte der Leiter der Vertretung der RF im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination Chassan Kalojew während des Abzugs von Panzern im Nowoasowskij-Bezirk der Republik mit.

„Der Abzug im Bereich von Donezk beginnt morgen, am 22. Oktober“, sagte er.

„Während drei Tagen werden Panzer abgezogen, einige Tage werden für die Verifikation des Abzugs benötigt, dann beginnt der Abzug von Artillerie“, fügte Kalojew hinzu.

ukrinform.ua: Polen und die Visegrad Gruppe sind im Allgemeinen fest entschlossen, für die Unabhängigkeit der Ukraine in der internationalen Arena zu kämpfen.

Das erklärte am Dienstag in Warschau während der Fernsehdebatten die Premierministerin Polens, Ewa Kopacz, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in Polen.

„Wenn man über die Verlängerung oder Kürzung der Sanktionen spricht, und die Stimme der EU in dieser Angelegenheit ist nicht solidarisch, so ist Polen zusammen mit der Visegrad Gruppe, besonders wenn man unsere Solidarität mit unseren Nachbarn zeigen muss, fest entschlossen, für die Unabhängigkeit und Souveränität der Ukraine zu kämpfen“, sagte Kopacz.

Polen war ihr zufolge vom Anfang des russisch-ukrainischen Konflikts in der Ukraine ein guter Anwalt in ukrainischen Angelegenheiten in der EU und schickte in die Ukraine humanitäre Konvois.

Dan-news.info: Das Kommando der Milizen der DVR plant den Abzug von Technik und Waffen eines Kalibers unter 100mm bis zum 10. November abzuschließen. Dies teilte der stellvertretende Kommandeur Eduard Basurin während des Abzugs von Technik im Nowoasowskij-Bezirk der Republik mit.

„Wir haben unsere Unterstützung der Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg bewiesen und wir hoffen den Abzug von Waffen in der Frist abzuschließen, die durch die Minsker Vereinbarungen vorgesehen ist. Morgen wird diese erste Etappe abgeschlossen – Panzer. Die zweite Etappe wird der Abzug von Artillerie sein, die dritte der Abzug von Granatwerfern eines Kalibers unter 120mm“, fügte Basurin hinzu.

rusvesna.su: Die radikale Gruppierung "Rechter Sektor" hat damit gedroht, seine Bataillone des ukrainischen Freiwilligenkorps in den Kampf gegen das "Regime", das der Präsident

der Ukraine Poroschenko aufbaut, zu werfen.

"Die Reservebataillone sind unser Standbein im Kampf nicht nur mit den Separatisten, sondern auch mit den innere Feinden ... Jemand will, dass wir nicht für eine neue Art des Lebens eintreten. Aber es wird nicht sein", zitiert der Pressedienst der radikalen Gruppe den Kommandeur Andrej Stempitsky.

„Wir sind der Knochen in der Kehle, der das Regime niederschlägt.“



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/pravyy_sektor_otryad_0.jpg?itok=8HpvyaBE

Dan-news.info: Die Zunahme der Zahl der Provokationen und Beschüsse des Territoriums der DVR von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ist mit der Zunahme der Zahl der sogenannten nationalistischen Bataillone an der Kontaktlinie verbunden und mit dem Wunsch Kiews, die friedliche Regelung des Konflikts einzufrieren, erklärte heute während des Abzugs von Technik im Nowoaswoskij-Bezirk der Republik der stellvertretende Kommandeur der Milizen der DVR Eduard Basurin gegenüber Journalisten.

„Die Vergrößerung der Zahl von Provokationen und Beschüssen von Seiten der ukrainischen Truppen ist durch die Vergrößerung der Zahl der ukrainischen nationalistischen Bataillone entlang der Kontaktlinie bedingt. Ein weiterer Grund ist der Unwillen des Kiewer Kommandos den Konflikt auf friedlichem Weg zu lösen, sie sind an einer Fortsetzung der Kämpfe interessiert. Eine weitere Ursache sind Alkohol und Psychopharmaka, die die ukrainischen Soldaten zu sich nehmen“, sagte Basurin.

„Alle unsere Handlungen beweisen, dass die DVR stärker ist als die Ukraine. Insbesondere zeigt dies unser Bestreben, möglichst schnell die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen“, unterstrich er.

de.sputniknews.com: Die Nato-Übung „Trident Juncture 2015“ – die größte in den letzten 13 Jahren – geht in die finale Phase. Bis zum 6. November üben die Nato-Mitgliedsländer und ihre Verbündeten die Abwehr einer Offensive auf ein kleineres Nachbarland, schreibt die russische Zeitung „Kommersant“ am Mittwoch.

Nach Nato-Angaben handelt es sich bei dem „Aggressor“ bei der Übung nicht um Russland. Wegen der Ukraine-Krise gewinne das Manöver jedoch an Aktualität. Die Ukraine, die an der Übung beteiligt ist, erinnert an ihre strategische Militärkonzeption, in der Russland als „potentieller Gegner“ eingestuft wird. Der russische Generalstab glaubt nicht, dass die Nato-Übung nicht gegen Russland gerichtet ist.

Dem „Trident Juncture 2015“-Plan zufolge geraten die Nato-Mitgliedsländer in einen Konflikt

in der fiktiven Region Cerasia, wo ein Land seinen kleineren Nachbar angreift und mit einem Vormarsch droht. Der anfängliche Konflikt um Bodenschätze entwickelt sich zu einer ethnischen und religiösen Auseinandersetzung. Zudem wird die Sicherheit in der Region durch die Aktivierung von Terroristen und viele Cyberangriffe bedroht.

Ein Großmanöver wie „Trident Juncture 2015“, das wegen der Spannungen zwischen Russland und dem Westen besonders aktuell ist, hat die Nato seit 2002 nicht mehr abgehalten. Wie es in der Allianz heißt, wurde der Beschluss, die Nato-Übung vorzubereiten, bereits 2013 gefasst – noch vor den Krim-Ereignissen.

Der stellvertretende Nato-Generalsekretär Alexander Vershbow widersprach der Annahme, dass Russland als „fiktiver Gegner“ gemeint ist. Aber die geopolitische Lage sei instabil, wegen der Angliederung der Krim, der russischen Unterstützung für die Bürgerwehr in der Ostukraine und der terroristischen Bedrohung von Syrien bis Libyen.

In der ersten Phase vom 3. bis 16. Oktober simulierten die Nato-Soldaten in Kanada, Norwegen, Deutschland, Belgien und den Niederlanden unterschiedliche Situationen, darunter die Bekämpfung von Cyberangriffen und Propaganda. Bei der heute beginnenden zweiten Etappe werden bis zum 6. November in Italien, Spanien, Portugal und im westlichen Teil des Mittelmeeres Feldmanöver abgehalten. Bei diesen Übungen werden 36.000 Soldaten, über 140 Flugzeuge und 60 Schiffe eingesetzt.

Zu den Teilnehmern gehören die Nato-Mitgliedstaaten und Verbündete wie Australien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Finnland, Schweden und die Ukraine. Wie es aus Militärkreisen in Kiew heißt, beteiligt sich die Ukraine mit Transportflugzeugen Il-76 und An-124 „Ruslan“ an den Übungen. Die Ukraine übe die Kooperation mit den Nato-Truppen im Widerstand gegen Russland. In der strategischen Sicherheitskonzeption der Ukraine werde Russland als „potentieller Gegner“ bezeichnet.

Laut dem Militärexperten Igor Lewtschenko erhöht das westliche Militärbündnis die Zahl der Übungen, die im Grunde gegen Russland und Hybrid-Kriege gerichtet seien. Die Nato-Mitgliedstaaten spielten bei Manövern die Ukraine-Krise durch, so der Experte.

Philip Breedlove, der Nato-Oberbefehlshaber in Europa, nannte „Trident Juncture 2015“ ein Signal an potentielle Aggressoren.

Wie es aus dem Verteidigungsministerium in Moskau heißt, beobachtet Russland die Übungen. Franz Klinzewitsch vom Verteidigungsausschuss in der russischen Staatsduma (Parlamentsunterhaus), beteuerte, dass Russland niemanden angreifen werde. Im Falle eines Angriffs sei Russland bereit zu einem Gegenschlag. Die Amerikaner und ihre Nato-Verbündeten würden ein Theaterstück aufführen, um die Lage durch die Diskreditierung Russlands zu verschärfen, so der russische Abgeordnete.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30508/80/305088055.jpg>

Dnr-onlinr.ru: Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. Oktober berichtete das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko über den Beginn der Heizsaison in der Republik. „Es gibt Bezirke der Republik, die im Moment 80% bereit sind. Es gibt Bezirke, da sind es 90%. Die schwierigste Situation ist in den Städten, die am stärksten von den intensiven Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte betroffen waren – das sind Debalzewo und Ugegorsk. Zurzeit sind Wiederaufbaubrigaden aus allen Städten der DVR nach Debalzewo geschickt worden. Die Leitungen der Unternehmen schicken Gruppen von Menschen, die den kommunalen Diensten von Debalzewo bei der Vorbereitung für den Winter helfen. Zurzeit arbeiten in der Stadt 101 Brigaden von Spezialisten. In Ugegorsk haben sieben Brigaden mit der Arbeit begonnen, aber mit jedem Tag wird die Zahl der Spezialisten wachsen. Bis zum 15. Dezember diesen Jahres wird Debalzewo zu 100 Prozent für die Heizsaison bereit sein. In der Stadt sind schon alle Heizwerke in Betrieb, es gibt Probleme mit den Brennstoffen, aber wir versuchen im Moment auf Dieseltreibstoff umzustellen, so dass diese Fragen gelöst werden wird“, sagte das Oberhaupt der DVR. Im Laufe des Gesprächs mit den Journalisten sagte er auch, dass die Situation in Ugegorsk dadurch erschwert wird, dass es in der Stadt sehr viele leerstehende Wohnungen gibt: „Um ein Gebäude für die Heizsaison vorzubereiten, müssen in jeder Wohnung die Heizkörper überprüft werden. Deswegen werden jetzt in Ugegorsk Kontrollen von Häusern und Wohnungen durch Mitarbeiter des Innenministeriums, des Zivilschutzministeriums, des Staatssicherheitsministeriums, der Staatsanwaltschaft, der Militärkommandantur und allen kommunalen Diensten durchgeführt. Dies wird deshalb gemacht, um Lecks in Ordnung zu bringen und die Möglichkeit zu haben, das Heizsystem in Betrieb zu nehmen“. Alexandr Sachartschenko sagte, dass es in Donezk und Makejewka eine mehr oder weniger stabile Situation gibt. Alle kommunalen Dienste und die Infrastruktur dieser Städte sind für die Heizsaison bereit.

nachmittags:

ukrinform.ua: Der Premierminister Arsenij Jazenjuk hat die Initiative ergriffen, den Posten des Ministers für ATO (Antiterror-Operation) einzuführen.

Das sagte er in der Sitzung des Ministerkabinetts, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. Ihm zufolge wird dieses Amt nicht die Einrichtung des Ministeriums für die ATO-Teilnehmer vorsehen.

Jazenjuk erklärte, dass der neue Minister Befugnisse zur Koordinierung der Tätigkeit des Verteidigungsministeriums, Innenministeriums, Ministeriums für Gesundheit, Ministeriums für Wohn- und Kommunalwirtschaft und Ministeriums für Sozialpolitik für die ATO-Teilnehmer haben wird.

Er wird sich unter anderem mit der psychologischen, medizinischen und sozialen Rehabilitation der ATO-Teilnehmer befassen, von denen es bereits 130 Tausend gibt.

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR hat sich in den letzten 24 Stunden stark zugespitzt.

„Abteilungen der ukrainischen Truppen haben vierzehn Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Aus Richtung Awdejewka und Opytnoje wurden von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade unter dem Kommando von Oberst Wladislaw Klotschkow

mit Granatwerfern Spartak und der Flughafen von Donezk beschossen. Der Beschuss erfolgt mit 120mm und 82mm Granatwerfern. Insgesamt wurden 18 Granatgeschosse abgeschossen. Von den ukrainischen Positionen im Bereich von Peski wurde mit Schusswaffen und Granatwerfern das Gebiet des „Volvo-Zentrums“ und der Flughafen von Donezk beschossen.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin ein Zusammenziehen von schweren Waffen und Technik an der Kontaktlinie fest, trotz des begonnen Abzugs von Waffen eines Kalibers unter 100mm. So wurde in Dmitrowka, 25 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 7 Panzern festgestellt. In Majorsk, 1,5 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von drei transportablen Granatwerfern 2B9 „Wasilek“ festgestellt.

Auf diese Weise vergrößert das ukrainische militärische Kommando in der letzten Zeit zielgerichtet die Intensität der Beschüsse unter Verwendung von Granatwerfern und Schusswaffen und zieht weiterhin schwere Waffen an der Kontaktlinie zusammen. Ich möchte erwähnen, dass die ukrainischen Truppen nicht nur entgegen allen unterzeichneten Vereinbarungen weiterhin die Positionen der Streitkräfte der DVR beschießen, sondern auch Diversionsakte auf dem Territorium der Republik durchführen. Besonders zynisch erscheint die Brandstiftung einer Diversionsgruppe an einer Kirche in Krasnyj Partisan, Jasinowataja Bezirk. Diese Tatsache zeugt davon, dass es für die ukrainischen Streitkräfte schon zu wenig ist, einfach die friedlichen Einwohner zu töten, sie zielen auf das Heiligste des Menschen ab, den Glauben“, sagte Eduard Basurin.

„Wenn es eine Konzentration schwerer Waffen geben wird, werden wir adäquate Maßnahmen ergreifen. Was die Zeit betrifft, so hängt das von der Beschaffenheit des Ortes ab. Aber glauben Sie mir, weiter als bis zur Verteidigungslinie der DVR werden sie nicht durchkommen“, sagte Basurin auf die Frage nach der Zeit, in der die abgezogene Technik der DVR auf die Positionen zurückkehren kann, falls ein ukrainischer Angriff erfolgt.

de.sputniknews.com: Die Blockadepolitik der ukrainischen Regierung gegenüber Donbass und Krim stoppt die Produktion in vielen Betrieben des Landes, die sich weit weg von diesen Territorien befinden, was die wirtschaftliche und soziale Krise in der Ukraine verschärft, wie der Ex-Premier der Ukraine Nikolai Asarow sagte.

Der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko und Premier Arseni Jazenjuk leiten zerstörerische Schritte für die Wirtschaft des Landes ein, wie Asarow auf seiner Facebook-Seite schreibt.

“Wenn man scharf darüber nachdenkt, kommt man zu dem Schluss, dass die Wirtschaftsblockade von Donbass und Krim die Wirtschaftskrise in der Ukraine fördert“, so Asarow.

Asarow vertritt die Meinung, dass diese Blockade die Produktion in vielen Betrieben des Landes stoppt, die sich weit weg von Donbass und Krim befinden, die aber in diese Regionen Waren und Rohstoffe liefern.

"Selbstverständlich bedeutet diese Blockade auch für den Donbass einen bestimmten Verlust. In erster Linie aber verschärft sie sowohl die wirtschaftliche als auch die soziale Krise in der Ukraine", unterstreicht Azarow.

Im November 2014 hat der ukrainische Präsident Poroschenko den „Erlass über wirtschaftliche Blockade“ unterzeichnet.

Mitte September 2015 haben Aktivisten der extremistischen Bewegung „Rechter Sektor“, einer Organisation, die in Russland verboten ist, die Einführung diverser Waren auf die Krim durch eine Straßenblockade verhindert.

Refat Tschubarow und Mustafa Dzhemilew — beide Mitglieder des ukrainischen Parlaments, haben bereits ihre Unterstützung für die Wirtschaftsblockade der Krim deutlich gemacht. Die Kiewer Regierung duldet die Blockade der Krim.

Dnr-online.ru: Auf einer Pressekonferenz legt der Kommunikationsminister der DVR Wiktor

Jazenko Rechenschaft über die Arbeit seines Ministeriums ab.

„Wir haben einen großen Mobilfunkoperator, der fast 100% des Territoriums der Republik abdeckt. Wir haben einen Leitungsoperator, die Kommunikation der Kohleindustrie wurde wieder hergestellt und es sind fast alle staatlichen Ämter verbunden. Das Ministerium regelt in vollem Umfang die Kommunikationsinfrastruktur auf dem Territorium der DVR. Dies betrifft nicht nur die Leitungen, sondern auch die Funkressourcen,“, sagte Wiktor Jazenko.

Der Minister lenkte die Aufmerksamkeit auf die Arbeit des staatlichen Unternehmens „Post des Donbass“. „Die Post nimmt eine Schlüsselstellung im Bereich der Auszahlung von Sozialzahlungen und Renten ein. Die Lieferung von Briefen und Päckchen ist organisiert. Bis Ende des Jahres wird die Zahlung für kommunale Dienste in allen Ecken der Republik organisiert sein.“

Seit November dieses Jahres können in 40 Postfilialen die Dienste des Republikanischen Mobilfunkoperators „Phönix“ bezahlt werden.

de.sputniknews.com: Russlands Präsident Wladimir Putin macht sich für die Entpolitisierung des Sports stark und ruft die UN-Vollversammlung zur Annahme einer entsprechenden Resolution auf.

„Ich halte es für wichtig, dass die UN-Vollversammlung eine Resolution verabschiedet, die das Prinzip einer Entpolitisierung des Sports völkerrechtlich verankert“, sagte Putin am Mittwoch auf dem ersten Forum der World Olympians Association (WOA). Die Erklärung zur Unterstützung der Olympischen Charta und Popularisierung der olympischen Werte, die auf dem WOA-Forum angenommen werden soll, sei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

de.sputniknews.com. Die Ukraine will immer mehr Geld von der EU, während Europa versucht nicht unterzugehen, schreibt die Süddeutsche Zeitung.

Die Ukraine steht kurz vor dem Staatsbankrott. Obwohl hinter vielen Problemen des Landes Gier nach Geld und Einfluss steckt, bleibt die ukrainische Regierung trotzdem überzeugt, dass die EU der Ukraine helfen muss. Immer steigende Forderungen seitens der Ukraine fürchtet die EU, die jetzt mit der Migrationskrise zu kämpfen hat.

Die ukrainische Gesellschaft glaubt fest daran, dass die EU der Ukraine Finanzhilfe leisten muss. Dies ist in den Köpfen der Ukrainer verankert, weil Kiew seine Bereitschaft erklärt hat, sich dem Westen anzunähern, betont die Zeitung. Das Argument, dass die Ukraine die Unterstützung viel mehr als andere Länder, wie z.B. das „larmoyante“ Griechenland verdient, ist derzeit immer öfter zu hören.

Die Korruption und das ungesunde Interesse an Hilfsgeldern behindern den Annäherungsprozess zwischen der Ukraine und dem Westen, schreibt die SZ.

„Aus Brüssel ist zu hören, die dortigen Wirtschafts-Technokraten hätten die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen, als sie erfuhren, das geschäftlich nicht satisfaktionsfähige Land wolle ein wirtschaftliches Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, ja den Beitritt zur EU und womöglich auch zur Nato.“ – schreibt die Verfasserin des SZ-Artikels.

Die ukrainische Wirtschaft hat mit der Marktwirtschaft wenig Gemeinsames und befindet sich im Notzustand. Obwohl das Land die Zusammenarbeit mit der EU anstrebt, sind ukrainische Exporte auf Russland und auf die GUS-Staaten angewiesen.

„Das Ergebnis der Gier nach Geld und Einfluss seit 1991 sieht so aus: Die Ukraine ist ein marodes Land und stand unlängst kurz vor dem Staatsbankrott.“- schreibt die Zeitung.

Die Lage verschlimmert sich weiter, weil die US-Regierung derzeit die Nahost- und Pazifik-Regionen für viel interessanter als Zentraleuropa hält. Somit hat Obamas Regierung die Rettung der Ukraine der EU überlassen.

ukrinform.ua: Am Mittwoch, dem 21. Oktober, hat die Ukraine in der Welthandelsorganisation

(WTO) die erste Klage gegen die Russische Föderation eingereicht.

Das erklärte auf einer Pressekonferenz die stellvertretende Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Handel und Handelsvertreterin der Ukraine, Natalia Nikolska, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Heute Morgen hat die Ukraine in der Welthandelsorganisation die erste Klage gegen die Russische Föderation eingereicht, die sich auf die Einschränkungen bezieht, die gegen ukrainische Wagen und Weichenstellvorrichtungen verhängt wurden“, sagte sie.

Wie Frau Nikolska ferner erläuterte, besteht das Wesentliche bei der Klage in der absichtlichen Einschränkung durch Russland der Anzahl der Lieferungen der Wagen der ukrainischen Hersteller.

Sie bemerkte, dass der Export aus der Ukraine nach einigen Warengruppen durch solches Vorgehen beträchtlich gesunken ist.

Nikolska hofft auf die Klärung der Situation innerhalb eines Monats. „Wir erwarten von der Russischen Föderation, dass diese Frage im Stadium der Konsultation aufgelöst wird, die binnen 30 Tage ab dem Moment der Einreichung der Klage von uns stattfinden soll“, sagte sie.

de.sputniknews.com: Syriens Informationsminister Omran al-Zoubi hat Mitteilungen einiger Medien dementiert, wonach sich Kuba und Nordkorea dem Kampf Russlands, des Iran und Syriens gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ angeschlossen hätten.

„Syrien verbindet mit diesen Staaten eine freundschaftliche Beziehung. Wir arbeiten mit ihnen weiter zusammen“, sagte Al-Zoubi dem syrischen TV-Sender „Al-Ihbariya“.

Syrien werde seine Freunde um Hilfe bitten, wenn es erforderlich sei, ohne dafür jemanden um Erlaubnis zu fragen.

Laut dem Minister stützt sich der Ausbau des Zusammenwirkens im Kampf gegen den Terrorismus auf die syrischen Nationalinteressen und erfolgt auf Grundlage offizieller Anfragen der syrischen Staatsführung.

„Die Positionen Russlands und des Iran bezüglich des Zusammenwirkens mit Syrien bei der Bekämpfung des Terrorismus auf dem gesamten Staatsgebiet stimmen überein“, so der Minister.

Zuvor hatten Russland, der Iran, Irak und Syrien ein gemeinsames Informationszentrum in Bagdad eingerichtet, um den Kampf gegen den IS gemeinsam zu koordinieren. Zu den wichtigsten Funktionen des neuen Info-Zentrums gehören die Erfassung und Analyse von aktuellen Daten über die Lage in der Nahostregion im Kontext des Antiterrorkampfes sowie die Verteilung und Weiterleitung der Informationen an die Generalstäbe der beteiligten Staaten.

Die russische Luftwaffe fliegt seit dem 30. September auf Bitte der syrischen Regierung Angriffe gegen den "Islamischen Staat" und hat nach eigenen Angaben bereits mehr als 450 Objekte der Terroristen zerstört. Mit russischer Luftunterstützung hat die syrische Regierungsarmee in der vergangenen Woche eine Großoffensive begonnen und bereits weite Gebiete von den IS-Dschihadisten befreit.

Russland wird, so der Kreml, so lange Angriffe auf IS-Terroristen in Syrien fliegen, bis die syrischen Regierungstruppen ihre Offensive abgeschlossen haben. Präsident Wladimir Putin habe mehrmals betont, die russischen Luftangriffe hätten das Ziel, die Streitkräfte Syriens zu unterstützen, hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow zuvor gesagt.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30502/85/305028509.jpg>

Dnr-online.ru: Der Leiter der Stadtverwaltung von Sneshnoje Walerij Chlopenik berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR über die Wiederaufbauarbeiten in Sneshnoje, die jetzt im Rahmen der zweiten Etappe laufen.

„Im Moment werden bei uns drei Kindergärten Nr. 1, Nr. 2 und Nr. 46 wiederaufgebaut, außerdem laufen Bauarbeiten an der Perwomajsker Schule. In der Schule haben wir gerade das Dach grundlegend renoviert. Im 1. und 2. Kindergarten wird das Dach teilweise erneuert, im 46. sind schon die Baumaterialien angekommen, die Arbeiten laufen. Bis November planen wir die Wiederaufbauarbeiten abzuschließen.

Außerdem wurde bei uns ein Plan zur Eröffnung von 13 Unternehmen in unserer Stadt ausgearbeitet. Wir haben schon einen Kostenplan für eine Fabrik zur Produktion von Keramsit-Kies ausgearbeitet, dies ist ein sehr leichtes und haltbares Material, aus dem man Platten und Ecken für mehrstöckige Häuser herstellen kann.

Jetzt müssen in der Republik viele mehrstöckige Häuser wiederaufgebaut werden, deshalb ist es sinnvoll, die Platten in der Republik zu produzieren und sie nicht zu kaufen. Wir hoffen auf die Unterstützung des Republikoberhauptes, um diese Fabrik wiederaufzubauen“, sagte Walerij Chlopenik.

de.sputniknews.com: Russland hat die Ausgaben für die Vorbereitung der Fußball-WM 2018 um mehr als 4,5 Milliarden Rubel (63 Millionen Euro) verringert. Dies geht aus einer Anordnung der Regierung der Russischen Föderation hervor, die auf der Internetseite der Rechtinformation veröffentlicht wurde.

Mit der Anordnung wird der Ablauf der Vorbereitung auf die WM-2018 geändert, der zuvor von der russischen Regierung bestätigt worden war.

Ursprünglich wurden die Ausgaben für die WM-Vorbereitung mit 631,46 Milliarden Rubel (9,1 Milliarden Euro) veranschlagt. Diese Summe wurde jetzt auf 626, 926 Milliarden Rubel (8,9 Milliarden Euro) gekürzt.

Die WM-2018 ist die erste Weltmeisterschaft in der Fußballgeschichte auf russischem Boden. Sie findet vom 14. Juni bis 15. Juli 2018 statt. Die Austragungsorte der Spiele sind Moskau, Kaliningrad, Sankt-Petersburg, Wolgograd, Kasan, Nischnii Nowgorod, Samara, Saransk, Rostow am Don, Sotschi und Ekaterinburg.

Dan-news.info: Mitteilungen des Vorsitzenden der Gewerkschaftsföderation, des Vorsitzenden des Rats der Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie der DVR Maxim Parschin.

„Bis zum 6. Oktober haben über die Gewerkschaftsföderation und ihre Mitgliedsorganisation 3350 Arbeiter an Erholungsmaßnahmen teilgenommen, die jeweils 7 bis 10 Tage dauerten. Die Kosten der Aufenthalte waren unterschiedlich, aber die Urlauber haben nur ein Drittel davon bezahlt“, sagte er.

Die meisten Erholungsaufenthalte fanden in Sedowo im Nowoasowskij-Bezirk der DVR statt. „Die Gesamtzahl der Mitglieder der Gewerkschaften beträgt 301.263. Die Föderation arbeitet aktiv an der Schaffung weiterer republikanischer Gewerkschaften. Im Moment gibt es 23 Mitgliedsgewerkschaften“, sagte Parschin.

de.sputniknews.com: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko will zwei Gasvorkommen am Schelf des Schwarzen Meeres, die 2014 zusammen mit der Halbinsel Krim an Russland gefallen sind, auf dem Gerichtsweg zurückholen.

„Es ist wichtig, unsere Schelfvorkommen Odesskoje und Besymjannoje zurückzuholen und diese Frage mit aller Härte vor Gericht aufzuwerfen“, äußerte Poroschenko am Mittwoch in Iwano-Frankowsk (Westukraine).

Die beiden Vorkommen werden von der Firma Chernomorneftegaz mit Sitz in Simferopol (Krim) ausgebeutet. Mit dem Beitritt der Krim zu Russland im Frühjahr 2014 hat Kiew die Kontrolle über Chernomorneftegaz und die Vorkommen verloren.

Dan-news.info: Die Abteilungen der DVR werden am Donnerstag, den 22. Oktober, mit dem Abzug von Panzern aus einem der in letzter Zeit unruhigsten Teilstücken der Front beginnen – dem Bereich der Stadt Gorlowka. Dies teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Am Donnerstagmorgen wird der Abzug von Technik aus Richtung Gorlowka erfolgen. Panzer werden nach Charzysk abgezogen“, sagte ein Vertreter des Ministeriums ohne die Anzahl der abgezogenen Technikeinheiten zu nennen.

Heute hat die DVR mit dem Abzug von Technik aus dem Nowoasowskij-Bezirk der Republik begonnen. Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko hat dies schon bestätigt, teilte sein Pressesekretär Swatoslaw Zegolko in seinem Twitter mit.

Abends:

de.sputniknews.com: Der amerikanische Zerstörer „Porter“ der Arleigh-Burke-Klasse wird an den gemeinsamen amerikanisch-georgischen Marineübungen im Schwarzen Meer teilnehmen, wie der Pressedienst der Sechsten Flotte der US-Marine am Mittwoch mitteilt. Der Zerstörer lief am 20. Oktober in den georgischen Hafen Batumi ein. Am Vortag hatte der Zerstörer „Ross“ des gleichen Projekts den US-Raketenschild in Europa getestet, indem er eine ballistische Rakete im Nordatlantik abfing.

„Unser Besuch in Georgien wird uns erlauben, unsere Verbindungen mit den Verbündeten im Schwarzen Meer weiter zu stärken. Wir haben eine Reihe von gemeinsamen Maßnahmen mit der georgischen Marine geplant, darunter Trainings zur Hilfeleistung und Einhaltung des

Marinerechts, sportliche Wettbewerbe sowie taktische Manöver auf See“, zitiert der Pressedienst den Kommandanten des Zerstörers Porter, Blair Guy.

Die Torpedobootzerstörer der Arleigh-Burke-Klasse, zu der die Porter zählt, sind mit je zwei Aegis-Raketenanlagen ausgerüstet und können bis zu 56 mit Kernsprengköpfen bestückte Tomahawk-Marschflugkörper führen. Ferner haben die Schiffe jeweils einen Seahawk-Hubschrauber und je 337 Crewmitglieder an Bord.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30329/97/303299735.jpg>

Dan-news.info: Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Regierung der DVR hat etwa 150.000 Tonnen Kohle für die Bedürfnisse sozialer Einrichtungen und sozial ungeschützter Bürger vorgesehen.

„Der Staat hat etwa 150.000 Tonnen Kohle für Kindergärten, die Heizung von Schule, Krankenhäusern usw. vorgesehen. Es geht auch um die Ausgabe an Rentner, Teilnehmer des Großen Vaterländischen Kriegs, Invaliden, Afghanistan-Kämpfer, Internationalisten und viele andere Kategorien, die schon jetzt diese Kohle erhalten“, sagte das Republikoberhaupt. Er erinnerte daran, dass neben Kohle aus dem Budget auch etwa 135.000 Rubel als Kompensation für die Ausgaben für den Erwerb von Kohle für die Bevölkerung vorgesehen sind. „Das heißt für Kategorien von Bürgern, dass sie nicht unter die Ausgabe von Kohle fallen, sondern unter die Zahlung von Kompensationen. Diesen wird jetzt pro Person 7500 Rubel für den Kauf von 2,5 Tonnen Kohle ausgezahlt“, erklärte Sachartschenko. Mehr als 50 Mio. Rubel sind von den Konten des ukrainischen Oligarchen Kurtschenko bisher von den Behörden der DVR eingezogen worden.

„Derzeit, aufgrund dessen, dass eine Reihe operativer Fahndungsmaßnahmen unternommen wurden, sind die Konten dieser Unternehmen – das sind Donezkoblgas und eine damit verbundene – konfisziert worden. Von den Konten wurden, genau kann ich es nicht sagen, aber mehr als 50 Mio. Rubel eingezogen, und bei einer Fahndung wurde eine Menge Geld in verschiedenen Währungen aufgefunden“, sagte Sachartschenko.

Die Regierung der DVR plant bis zum Ende dieses Monat komplett alle Korruptionsschemata, die von dem ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko im Gasbereich der Republik geschaffen wurden, aufzudecken.

„Ich denke, dass bis Ende des Monats wir das Schema vollständig aufdecken werden, dass das Gas betraf“, sagte er.

Das Oberhaupt der DVR sagte, dass derzeit schon „Schlüsselfiguren der dunklen Schemen“ Kurtschenkos festgenommen, verhört und dann freigelassen wurden. Aber der Maßnahmenkomplex wird fortgesetzt, weil der ukrainische Oligarch seine verbrecherische Aktivität nicht nur im Gasbereich durchführt.

„Weiter laufen jetzt Ermittlungen gegenüber Unternehmen und Organisationen, die mit Mitarbeitern genau dieser Unternehmen verbunden sind, sie können noch nicht genannt werden“, fügte Sachartschenko hinzu.

Das Unternehmen des ukrainischen Oligarchen Sergej Kurtschenko „Donezkoblgas“ wurde von der Regierung der DVR unter staatliche Leitung gestellt.

„Derzeit ist das Unternehmen Kurtschenkos unter äußere Leitung gestellt, es wurde ein neuer Direktor ernannt und dieser Mensch befasst sich mit dem Wiederaufbau der Kundenbasis, die leider zerstört wurde“, sagte das Staatsoberhaupt.
Er sagte, dass es unmöglich ist, das Unternehmen „mit Milliarden von Schulden“ vollständig zu liquidieren, solange nicht die notwendigen Überprüfungen der gesamten Dokumentation gelaufen sind.
Sachartschenko unterstrich, dass derzeit der einzige Gaslieferant in der DVR der staatliche Konzern „Donbassgas“ ist, dem diese Funktion mit einem Erlass des Ministerrats vom 16. Oktober 2015 übertragen wurde.
Die DVR ist bereit, auf beliebige Provokationen der ukrainischen Seite beim Prozess des Abzugs der Waffen zu reagieren.
„Als Oberkommandierender der Streitkräfte der DVR bin ich bereit das Folgende zu sagen: zu jeder Provokation, zu allen unerwarteten Vorfällen, zu aller Heimtücke und allen Schweinereien der ukrainischen Regierung sind wir bereit zu reagieren“, sagte das Republikoberhaupt.
Er unterstrich, dass er auf die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch Kiew hofft.

de.sputniknews.com: Poroschenko pocht auf Abschaffung der Visa mit der EU im nächsten Jahr

Laut dem ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko wird die Ukraine Jahrzehnte lang auf die Möglichkeit eines visafreien Regimes mit der EU warten müssen, wenn diese Chance jetzt verpasst würde. Das meldete der TV-Kanal 112 Ukraina.

"Ich habe im Nationalrat der Reformen deutlich unterstrichen, wenn irgendjemand daran denkt, diese Möglichkeit das visafreie Regime zu bekommen, auszulassen, die Ukraine auf eine neue Möglichkeit Jahrzehnte lang warten wird. Wir haben nicht das Recht dazu", sagte Poroschenko bei einem Besuch in Iwano-Frankiwsk.

Die ukrainische Regierung möchte ab 2016 für ihre Touristen das EU-Visum abschaffen. Natalia Galibarenko, Erste Stellvertreterin des Außenministers der Ukraine, sprach von Plänen, „bereits im nächsten Jahr eine entsprechende, so hoffe ich, positive Entscheidung darüber zu treffen, dass das Visaregime für die Bürger der Ukraine abgeschafft wird."

Dan-news.info: Die Einwohner der DVR können Kohle für den eigenen Haushaltsbedarf direkt bei den Bergwerken der Republik kaufen, teilte das Kohle- und Energieministerium des Landes mit.

„Der kommissarische Kohle- und Energieminister Ruslan Dubowskij hat die Entscheidung getroffen, den Menschen die Möglichkeit zu geben Haushaltsbrennstoff direkt bei den Bergwerken zu kaufen“, erklärte das Ministerium.

Dort wurde erklärt, dass die Ursache für diese Entscheidung zahlreiche Beschwerden von Einwohnern über Preiserhöhungen bei Kohle durch kommerzielle Strukturen sind. Ein entsprechender Erlass wurde bereits an die kohlefördernden Betriebe gegeben.

„Das Dokument verpflichtet die Leiter der staatlichen Betrieben der Branche, allseitige Unterstützung beim Kauf von Kohle durch Bürger der DVR bei den Unternehmen zu leisten, zu Preisen, die von dem Republikanischen Unternehmen „Handelshaus Kohle des Donbass“ festgelegt werden“, unterstrich das Ministerium.

Der staatliche Betrieb „Republikanisches Zentrum Handelshaus Kohle des Donbass“ wurde am 11. November 2014 in der DVR geschaffen mit dem Ziel eines effektiven Verkaufs der Kohleproduktion aller Unternehmen der DVR.

Dan-news.info: Mitteilung des Zentrums für soziologische Forschungen „Besonderer Status“ Die Mehrheit der Bürger der DVR bewerten die Effektivität der Sozialpolitik in der Republik

positiv. Davon zeugen Ergebnisse einer Umfrage, die vom Zentrum „Besonderer Status“ durchgeführt wurde.

Ende September wurden 3850 Menschen über 18 Jahren in allen Städten und Bezirken der Republik befragt.

Eine der Fragen betraf die Bewertung der Effektivität der Sozialpolitik, die von der Regierung der DVR durchgeführt wird.

Die überwiegende Mehrheit (87,3%) der befragten Bürger bewerteten die Arbeit der Regierung bei der Organisation von Sozial- und Rentenzahlungen positiv. Bemerkenswert ist, dass ein großer Teil von ihnen (47,1%) eine besonders positive Bewertung der Anstrengungen der Regierung in dieser Richtung angeben.

Eine negative Bewertung der Organisation der Sozial- und Rentenzahlungen in der Republik äußerten nur 8,1% der Befragten. In einigen Teilen der Republik ist diese Kennziffer höher: Telmanowo-Bezirk, Dokutschajewsk, Starobeschewo-Bezirk, Charzysk, Ilowajsk.

Die Unzufriedenheit bei der Organisation der Sozial- und Rentenzahlungen erklärten die Befragten hauptsächlich mit Problemen bei der Erstellung der Dokumente.

Probleme, eine Bewertung abzugeben, äußerten 8,3% der Bürger.

Außerdem wurde den Befragten die Frage gestellt: „Erhalten Sie irgendwelche Sozial- oder Rentenzahlungen oder Ermäßigungen in der Republik?“. Diese Frage wurde von 42,6% der Befragten bejaht, davon erhielten 28,1% eine Rente, 11,4% Sozialzahlungen und 4,1% erhalten soziale Ermäßigungen. Die übrigen Befragten erhalten entweder keine Renten oder Sozialzahlungen oder haben sie noch nicht beantragt.